

RUND 2.000 BESCHÄFTIGTE MACHEN DRUCK FÜR 8 PROZENT MEHR GELD!



ARBEITGEBER LASSEN 380.000 BESCHÄFTIGTE WARTEN

Mehr als 2.000 Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie haben unmittelbar vor der zweiten Tarifverhandlung mit den Arbeitgebern der Mittelgruppe lautstark ihrer Forderung von 8 Prozent mehr Geld Nachdruck verliehen. Es beteiligten sich Beschäftigte aus Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Unter dem Motto „Wer die Preise kennt, will 8 Prozent“ setzten die Beschäftigten ein deutliches Zeichen für eine nachhaltige Entgelterhöhung.

Die IG Metall überreichte den Arbeitgebern einen Warenkorb mit Lebensmitteln, Babynahrung und Pflegeprodukten des täglichen Bedarfs, um die Preissteigerungen der letzten Monate zu verdeutlichen. „Wer die Preise kennt, fordert 8 Prozent“, betonte Jörg Köhlinger, Verhandlungsführer und Leiter der IG Metall Mitte.

JÖRG KÖHLINGER,

IG Metall-Bezirksleiter und Verhandlungsführer, kann die Blockadehaltung der Arbeitgeber nicht nachvollziehen.

„Das Verhalten der Arbeitgeber wird der herausfordernden Situation nicht gerecht. Wenn nichts vorgeschlagen wird und keine Ideen zur Problemlösung vorhanden sind, kann letztlich auch kein Kompromiss gefunden werden. Diese Haltung der Arbeitgeber macht unsere Leute nur noch wütender. Die Energiekosten für die Verhandlung hätten wir durchaus einsparen können.“



Die Arbeitgeber der Mittelgruppe hatten den 380.000 arbeitenden Menschen in der Metall- und Elektroindustrie in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland erneut nichts anzubieten.

Die IG Metall sieht, dass neben den Beschäftigten auch die Arbeitgeber von den stark gestiegenen Energiekosten betroffen sind. Drei von vier Betrieben können ihre Kosten nach Aussage von Betriebsräten und IG Metall-Tarifkommissionsmitgliedern aber an ihre Kunden ganz oder teilweise weitergeben. Das ist den Beschäftigten nicht möglich. Zudem erwecken die Arbeitgeber den Eindruck, dass die Entlastungspakete der Bundesregierung die Unternehmen nicht berücksichtigten. Das Gegenteil ist richtig: Arbeitgeber und Verbraucher profitieren von der Gaspreisbremse.

Die Friedenspflicht endet am 29. Oktober. Danach sind Warnstreiks möglich. Die nächste Verhandlung findet am 27. Oktober statt.

27. 10.

DRITTE
VERHANDLUNG

29. 10.

FRIEDENSPFLICHT
ENDET

ab 29. 10.

WARNSTREIKS
SIND MÖGLICH



WERDE
MITGLIED!

www.igmetall.de/beitreten